

Mittelbadische Presse vom 10.08.09

### **Klares Bekenntnis zu Straßburg**

*Streit um Sitz des EU-Parlaments geht weiter / »Absurde« Forderung der FDP / Eindeutige Rechtslage*

Ist Straßburg als Standort des EU-Parlaments gefährdet? Nein, sagen Europaparaabgeordnete aus Baden-Württemberg und erklären schlüssig, warum. Trotzdem wird die Debatte weitergehen.

10.08.2009 - Noch ist es nicht öffentlich, aber nach der Sommerpause wird die Bombe platzen: Das EU-Parlament wird seinen Sitz in Straßburg aufgeben und künftig komplett in Brüssel arbeiten. Der Wanderzirkus, bei dem Millionen europäischer Steuergelder verplempert werden, nur um einmal im Monat im Elsass die Plenarsitzungen abzuhalten, wird endlich ein Ende haben. Möglich wird diese überraschende Kehrtwendung in diesem jahrelangen Tauziehen um Straßburg durch die neuen Machtverhältnisse im Parlament. Die sogenannten Straßburg-Gegner konnten bei den vergangenen Wahlen kräftig zulegen, allen voran die deutsche FDP. Sie besitzen jetzt über eine solide Mehrheit...

Stopp! Hier hört das Märchen auf. Denn auch nach den Europawahlen hat sich an der Tatsache nichts geändert: Der Sitz des EU-Parlaments in Straßburg war und wird nicht in Gefahr sein. Als ein rein populistischer Wahlkampfeslogan muss die FDP-Forderung im Europawahlkampf gewertet werden, Straßburg das EU-Parlament entziehen zu wollen. Denn selbst wenn alle EU-Abgeordneten dafür wären: Das Parlament bliebe im Elsass. Denn es ist überhaupt nicht möglich, dass die Abgeordneten darüber entscheiden, wo sie arbeiten dürfen. Das können lediglich die Mitglieder des Europäischen Rats. Also die Vertreter der 27 Regierungen aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten. Dieses Gremium müsste einstimmig den Vertrag ändern, in dem die Verteilung des Europaparlaments auf drei Standorte geregelt ist (siehe Kasten). Und das ist zurzeit utopisch.

»Frankreich würde solch einer Änderung nie zustimmen«, sagt die baden-württembergische EU-Parlamentarierin Evelyne Gebhardt

»Die Franzosen würden nie auf eine EU-Institution in ihrem Land verzichten«, glaubt die SPD-Politikerin, eine Deutsch-Französin. Auch Luxemburg, wo sich das Sekretariat des EU-Parlaments befindet, würde ganz sicher gegen eine Vertragsänderung stimmen. »Selbst bei Deutschland wäre es fraglich, ob man das befürworten würde«, ergänzt Gebhardt. Denn es geht nicht nur um eine Stadt oder um Geld, das eingespart werden könnte, sondern auch um die grundsätzliche Struktur der EU.

Nur eine Geldfrage?

Will man eine Union nach dem Vorbild eines Zentralstaates? Dann müsste man tatsächlich alle Institutionen an einem Ort bündeln. Wenn man das EU-Parlament nur noch in Brüssel arbeiten ließe, wären in der belgischen Hauptstadt alle gesetzgebenden EU-Institutionen gebündelt: Parlament, Kommission und Rat. Ein klarer Schritt in Richtung Zentralismus. Doch das wollen die Mitgliedsstaaten gar nicht. Sie wollen weiterhin bestimmte Entscheidungen national treffen können, und das soll durch das dezentrale Gefüge der EU verdeutlicht werden. Deshalb findet auch die Freiburger EU-Abgeordnete Franziska Brantner die Forderung der FDP absurd: »Es ist mir unverständlich, warum dieselben Akteure, die sich über die Zentralisierung der EU-Arbeit in Brüssel beschwerten, andererseits fordern, Standorte der EU außerhalb Brüssels zu schließen«, sagt sie. Demokratie gebe es außerdem nicht umsonst. »Wenn es nur um die Geldfrage geht, könnten wir auch andere Parlamente abschaffen oder die sich über die Zentralisierung der EU-Arbeit in Brüssel beschwerten, andererseits fordern, Standorte der EU außerhalb Brüssels zu

schließen«, sagt sie. Demokratie gebe es außerdem nicht umsonst. »Wenn es nur um die Geldfrage geht, könnten wir auch andere Parlamente abschaffen oder zusammenlegen«. »Als Frau Silvana Koch-Mehrin Straßburg als Strapsburg bezeichnet hat mit der Behauptung, es wimmele im Umkreis des EU-Parlaments nur so an Prostituierten, hat mich das schockiert«, empört sich der für die Ortenau zuständige Parlamentarier **Andreas Schwab** (CDU). Gleichzeitig weist er darauf hin, dass eine Straßburg-Debatte im Europäischen Rat in nächster Zeit mit Sicherheit nicht ansteht.

Selbst entscheiden

»Ich persönlich bin für Straßburg, das liegt ja für einen Baden-Württemberger nahe«, gibt Michael Theurer, FDP-Europapolitiker aus Horb, zu Protokoll. Das Europäische Parlament sei das einzige Parlament der Welt, das nicht selbst über seinen Sitz bestimmen könne. »Daher ist es für mich zunächst wichtig, diesen Umstand zu ändern, so dass das Europäische Parlament selbst entscheiden kann, wo es tagen will«, sagt er.